

Bundesamt für Energie (BFE)
Sektion MR
3003 Bern

Aarau, 16. März 2015

Stellungnahme zur Strategie Stromnetze Position regioGrid

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Einladung zur Vernehmlassung Strategie Stromnetze und nutzen gerne die Möglichkeit, uns dazu zu äussern. regioGrid, der Verband kantonal und regionaler Energieversorger, vertritt schweizweit die Interessen der kantonalen sowie regionalen/lokalen Energieversorger und bildet das zentrale Bindeglied in der Stromversorgung bzw. Stromverteilung zwischen Produktion und Kunden. regioGrid engagiert sich im Wesentlichen für die Entwicklung, die Sicherheit, die langfristig nachhaltige Verfügbarkeit und Rentabilität ihrer Verteilnetze und setzt sich für eine ausgewogene Energieeffizienz sowie für eine ausreichende und wirtschaftliche Stromproduktion ein.

Als direkt betroffener Branchenverband der Elektrizitätswirtschaft hat sich regioGrid, als eine der 8 Interessengruppierungen des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) eingehend mit der Vorlage auseinandergesetzt.

Position regioGrid

regioGrid begrüsst die vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickte Vorlage zur Netzstrategie sehr. Wir erachten es als wesentlich, den Netzbetreibern auf Gesetzesebene die Grundlagen zur sicheren Stromversorgung zu geben. Wir unterstützen die Absicht des Bundesrates, die Prozesse für den notwendigen und zeitgerechten Aus- und Umbau der Stromnetze zu optimieren und damit auch die Investitionssicherheit für die Netzinfrastuktur zu erhöhen. Die Gesetzesvorlage geht in die richtige Richtung, um dieses Ziel zu erreichen. Die angestrebte Optimierung, d.h. insbesondere auch Beschleunigung der Netzbauvorhaben, kann jedoch nur erreicht werden, wenn für jeden Prozessschritt die dort zu klärenden Fragen abschliessend geregelt werden und zu einem späteren Zeitpunkt von Dritten nicht mehr widerrufen werden können.

Wir hoffen auf eine rasche Umsetzung dieser Gesetzesrevision, wobei wir die verbindliche

Festlegung der Kriterien zur Entscheidungsfindung der Technologie „Kabel- oder Freileitung“ als zentral ansehen. Viele blockierte Vorhaben könnten damit endlich umgesetzt werden.

Zu den einzelnen Artikeln des vorgelegten Gesetzesentwurfes hat regioGrid folgende Bemerkungen und Anliegen:

1. Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902

Artikel 15b

Das Bestreben nach Erleichterung der Umsetzung von Netzbauprojekten auf dem Übertragungsnetz ist verständlich. Es darf aber nicht sein, dass solche Projektvorhaben ohne vorgängige Abstimmung mit den betroffenen Verteilnetzbetreibern (VNB) in die Topologie der nachgelagerten Netze eingreifen. Es ist auch sicherzustellen, dass die Entschädigung effektiv sämtliche Kosten beinhaltet, welche durch die Ersatzmassnahmen ausgelöst werden, d.h. die Investitionskosten, ausserordentlichen Abschreibungen und zusätzlichen Betriebskosten.

Artikel 15c

Schon heute gibt es einen starken Trend zur Verkabelung der Leitungen der Netzebenen 5-7. Gemäss Pressemitteilung des ESTI vom 10. Februar 2015 werden auf diesen Netzebenen praktisch keine neuen Freileitungen mehr gebaut. So wurden während der letzten fünf Jahre nur 2.2% der abgebauten Freileitungen durch neue Freileitungen ersetzt. Deshalb stimmen wir dem Grundsatz der Verkabelung auf diesen Netzebenen zu. In begründeten Fällen sollen jedoch weiterhin Freileitungen zulässig sein. Auch darf eine blosser Instandsetzung, wie das Auswechseln von einzelnen Masten, nicht dazu führen, dass die Leitung als Erdkabel auszuführen ist. Damit würde der Grundsatz von Artikel 8 Abs. 1a Strom VG verletzt.

Wir begrüssen die Einführung eines Mehrkostenfaktors für die Entscheidungsfindung der Technologie „Kabel- oder Freileitung“ auf den Netzebenen 1-3 sehr. Dieser Mehrkostenfaktor darf aber nicht zu häufig ändern und keine Wirkung auf schon eingereichte Verfahren haben. Ansonsten wird sich die Unsicherheit verfahrensverzögernd auswirken.

Ein nicht zu niedrig angesetzter Mehrkostenfaktor würde zu höheren Anreizen zur Erdverkabelung auf der Netzebene 3 führen und damit eine Vielzahl von hängigen Plangenehmigungsverfahren beschleunigen. Deshalb schlagen wir vor, die im Gesetz verankerte Limite bei 4.0 anzusetzen.

Der Mehrkostenfaktor ist ein einfach anzuwendendes Kriterium für die Bestimmung der Technologie „Kabel- oder Freileitung“. Die dem Bundesrat in Absatz 3 und 4 eingeräumte Kompetenz zu Ausnahmeregelungen hebt die beabsichtigte Verfahrensbeschleunigung sowie die Rechts- und Investitionssicherheit vollständig aus. Die Möglichkeit zur Überschreitung des Mehrkostenfaktors öffnet Tür und Tor für Einsprachen gegen Freileitungsprojekte. Die Möglichkeit zur Unterschreitung birgt die Gefahr, dass die ElCom eine günstige Freileitungslösung ex-post doch als ausreichend erachtet und sie die Anrechenbarkeit der Mehrkosten der Verkabelung in Frage stellt.

Änderungsvorschlag für Artikel 15c

1 Eine Leitung des Verteilnetzes **der Netzebenen 5-7**, die neu erstellt, ersetzt, ~~erneuert oder ausgebaut wird~~, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch möglich, **wirtschaftlich und aus Sicht der Versorgungssicherheit angezeigt** ist ~~und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten im Vergleich zur Erstellung einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung einen bestimmten Faktor (Mehrkostenfaktor) nicht übersteigen.~~

2 Eine Leitung des Verteilnetzes der Netzebene 3, die neu erstellt, ersetzt oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch und aus Sicht der Versorgungssicherheit möglich ist und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten im Vergleich zur Erstellung einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung einen bestimmten Faktor (Mehrkostenfaktor) nicht übersteigt. Der Mehrkostenfaktor beträgt höchstens **34.0**. Der Bundesrat legt den Mehrkostenfaktor fest. Er berücksichtigt dabei Kriterien wie namentlich die Änderung des Verkabelungsgrades, die Auswirkungen auf die Netznutzungsentgelte, die Entwicklung der Technologien und die Kosten für die Erdverkabelung. **Der Bundesrat kann den Mehrkostenfaktor jeweils zeitgleich mit der Genehmigung eines neuen Szenario-rahmens gemäss Art. 9a Abs. 3 StromVG angepasst werden. Der neue Mehrkostenfaktor hat keine Auswirkungen auf laufende Vorhaben.**

3 Ersatzlos streichen

4 Ersatzlos streichen

Artikel 15d

Wir begrüssen die Einführung einer gesetzlichen Gleichstellung der Interessen der sicheren Stromversorgung mit den Interessen des Umwelt- und Landschaftsschutzes. Da der Begriff „Verteilnetz mit hoher Spannung“ nicht definiert ist, wohl aber die Netzebene 3 gemeint ist, schlagen wir vor, diesen mit „Netzebene 3“ zu ersetzen. Dasselbe gilt auch für die weiteren Nennungen dieses Begriffs.

Artikel 26a

Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Dokumentationspflicht sind mit den Artikeln 62 Leitungsverordnung und 14 Abs. 1 der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen ausreichend. Der neue Artikel 26a schafft ein höheres und nicht zu rechtfertigender Aufwand ohne erkennbaren Mehrwert. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die vom BFE zu erstellende Gesamtsicht, welche dem Publikum zur Verfügung gestellt würde jeweils nicht mehr dem aktuellen Stand der Netzentwicklung entspricht.

Änderungsvorschlag für Artikel 26a

Ersatzlos streichen

Stärkung der Eigentumsrechte auf der Netzinfrastuktur

Wir regen die Ergänzung der nachfolgenden Bestimmungen an, um die Eigentumsrechte der Netzbetreiber auf ihren Leitungen, welche über Grundeigentum von Dritten führen, zu stärken:

- Erneuerungen von Dienstbarkeitsverträgen sollen auch vom Enteignungsrecht gemäss Art. 44 EleG erfasst sein.
- Durchleitungsrecht (Dienstbarkeiten) für die Netzinfrastuktur sollen auch für die Durchleitung von Daten Dritter gelten, dies sowohl für neu erteilte als auch für schon bestehende Rechte, ohne dass eine ausdrückliche Nennung notwendig ist. Eine solche Regelung rechtfertigt sich, da die Datendurchleitung Dritter mit der bestehenden Netzinfrastuktur möglich ist.
- Wir beantragen eine Rückkehr zur alten Formvorschrift der Schriftlichkeit für die Erstellung von Dienstbarkeitsverträgen, da die 2012 eingeführte strengere Formvorschrift der notariellen Beurkundung Mehraufwand- und -kosten ohne Mehrwert verursacht.
- Die Bestimmung des alten Artikel 53bis EleG sollte wieder aufgenommen werden, so dass Streitigkeiten betreffend die Höhe und der Dauer der neuen Entschädigung von vertraglich eingeräumten Dienstbarkeiten direkt in einem Schätzungsverfahren nach den Bestimmungen des Enteignungsgesetzes entschieden werden können.

Änderungsvorschlag für Artikel 15a Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu) und Abs. 4 (neu)

2 Mit dem Abschluss einer Dienstbarkeit, welche den Bau, Bestand und Betrieb von Leitungen gemäss Absatz 1 zum Gegenstand haben, wird auch das Recht das Grundstück für die Durchleitung Daten Dritter zu nutzen, erteilt.

3 Absatz 2 gilt auch für bestehende Dienstbarkeiten.

4 Der Vertrag über die Errichtung dieser Dienstbarkeit bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form.

Artikel 44

Das Enteignungsrecht kann für die Erstellung und Änderung von Einrichtungen zur Fortleitung und Verteilung elektrischer Energie und der für deren Betrieb notwendigen Schwachstromanlagen **sowie für die Erneuerung von Dienstbarkeiten** im Einzelfall geltend gemacht werden.

Artikel 53bis (neu)

Streitigkeiten betreffend die Höhe der neuen Entschädigung von vertraglich eingeräumten Dienstbarkeiten und der neuen Entschädigungsdauer werden in einem Schätzungsverfahren nach den Bestimmungen des EntG entscheiden.

2. Stromversorgungsgesetz vom 23. März 2007

Artikel 9a Szenariorahmen

Es ist sinnvoll, auf die bestehenden Rollen zwischen Bund und Kantonen abzustellen. Das BFE fokussiert mit dem Szenariorahmen auf die nationalen Interessen und Vorgaben. Die Verteilnetzbetreiber sind für die Netzplanung in ihrem Netzgebiet zuständig. Aus diesen Gründen soll sich die Verbindlichkeit des Szenariorahmens auf die Beurteilung der Netzplanung und Anrechenbarkeit von Massnahmen der Stromnetze auf den Netzebenen 1-3 beschränken. Die tieferen Netzebenen müssen sich auch auf die regionalen und lokalen Bedürfnisse ausrichten können, weshalb wir eine Ergänzung durch einen neuen Artikel 9b Abs. 1bis vorschlagen.

Die im Szenariorahmen festgelegte nationale Netzplanung wird die regionale Netzplanung wesentlich beeinflussen. Aus diesem Grund ist darauf zu achten, dass nicht nur die Netzbetreiber der Netzebenen 1 bis 3, sondern insbesondere auch die Netzbetreiber der Netzebene 5 in geeignetem Rahmen miteinbezogen werden. Da die grossen Stromproduzenten ebenfalls Aufgaben zur Netzregulierung übernehmen, sollten sie namentlich als Betroffene genannt werden.

Änderungsvorschlag für Artikel 9a Abs. 1 und 2

1 Das Bundesamt für Energie (BFE) erstellt basierend auf den energiepolitischen Zielen des Bundes, den gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten sowie unter Berücksichtigung des internationalen Umfelds einen Szenariorahmen als Grundlage für die **übergeordnete** Netzplanung. Dabei zieht es die Kantone, die nationale Netzgesellschaft, die übrigen **Netzbetreiber, die an die Netzebenen 1-3 angeschlossenen Stromproduzenten** und weitere Betroffene angemessen mit ein. Diese stellen dem BFE die dafür erforderlichen Auskünfte und Unterlagen unentgeltlich zur Verfügung.

2 Im Szenariorahmen sind mindestens drei Szenarien abzubilden, die für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren über alle **die** Netzebenen **1 bis 3** die Bandbreite wahrscheinlicher energiewirtschaftlicher Entwicklungen aufzeigen. Gestützt auf das wahrscheinlichste der Szenarien ist mindestens ein Szenario für einen Zeitraum von weiteren zehn Jahren zu entwickeln.

Artikel 9b Mehrjahrespläne

Die Erstellung von Mehrjahresplänen basierend auf dem wahrscheinlichsten Szenariorahmen ist nur für die Netzebenen 1-3 sinnvoll.

Die Verteilnetzbetreiber müssen ihre Netzplanung auch auf die regionalen Anforderungen ausrichten können, was wir mit Einfügung eines neuen Abs. 1bis formulieren.

Zu den einzureichenden Mehrjahresplänen ist die in der Vorlage formulierte Beweispflicht für die Netzbetreiber exzessiv. Wir schlagen vor, diese durch eine ebenso zielführende Begründungspflicht zu ersetzen.

Es darf nicht Aufgabe des Übertragungsnetzbetreibers sein, Plandaten Dritter zu publizieren. Wir schlagen deshalb vor, dass diese Aufgabe der ElCom zukommt.

Änderungsvorschlag für Artikel 9b

1 Die Netzbetreiber erstellen basierend auf dem Szenariorahmen und entsprechend dem weiteren Bedarf für ihr Netzgebiet einen auf zehn Jahre ausgelegten ~~E~~**Netze**ntwicklungsplan (Mehrsjahresplan) und legen diesen **Pläne der Netzebenen 1-3** innerhalb von neun Monaten nach Genehmigung des letzten Szenariorahmens durch den Bundesrat der ElCom zur Prüfung vor.

1bis Die Verteilnetzbetreiber definieren ihre Netzplanung basierend auf den Vorgaben des Szenariorahmens des BFE sowie den regionalen und kommunalen Anforderungen. Sie stimmen sich dabei bedarfsgerecht mit dem Betreiber der direkt überliegenden Netzebene und den Kantonen ab.

2 Der **einzureichende** Mehrjahresplan enthält folgende Angaben:

- a. Er beschreibt die vorgesehenen ~~P~~**Netz**projekte und **begründet sie** ~~legt dar, inwiefern sie wirksam und angemessen sind.~~
- b. Er weist aus, welche Netzausbaumassnahmen über die entsprechenden zehn Jahre hinaus vorgesehen sind.

3 Der Bundesrat **regelt die Einzelheiten hinsichtlich der Angaben gemäss Absatz 2** ~~bestimmt, welche weiteren Angaben der Mehrjahresplan enthalten muss.~~ Er kann für Betreiber von Verteilnetzen Ausnahmen von der Pflicht zum Vorlegen eines Mehrjahresplanes vorsehen.

4 Die ~~nationale Netzgesellschaft~~ **ElCom** veröffentlicht die von der ElCom geprüften Mehrjahrespläne. Sie werden nur soweit veröffentlicht, als:

- a. die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz nicht gefährdet wird;
- b. die aussenpolitischen Interessen oder die internationalen Beziehungen der Schweiz nicht beeinträchtigt werden;
- c. keine Berufs-, Geschäfts- oder Fabrikationsgeheimnisse offenbart werden.

Artikel 9c Festlegung Ein- und Ausspeisepunkt

Es ist sinnvoll, nicht nur die Einspeise-, sondern auch die Ausspeisepunkte aufgrund der öffentlich zugänglichen Planungsdaten festzulegen.

Änderungsvorschlag für Artikel 9c Titel und Abs. 1

Festlegung Ein- **und Auss**peisepunkt

1 Die Netzbetreiber legen die Ein- **und Auss**peisepunkte für neue ~~Produktionsa~~**Anlagen** auf der Basis von ~~gesicherten~~ **öffentlich zugänglichen** Planungsdaten zur zukünftigen Entwicklung von Produktion und Verbrauch fest.

Artikel 9d Grundsätze für die Netzplanung

Die Planungsgrundsätze werden gegenüber der ElCom offengelegt. Die Branche kann subsidiär Planungsgrundsätze festlegen, welche öffentlich zugänglich sind.

Auch wenn ein Engpass durch eine Optimierung kurzfristig behoben werden kann, sollte zur langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit ein Ausbau möglich sein.

Änderungsvorschlag für Artikel 9d

1 ~~Jeder~~ **Die** Netzbetreiber ~~legen~~**ent** die Grundsätze **fest**, die ~~er~~ bei der Netzplanung **anzuwenden**~~t~~-sind, ~~fest und veröffentlicht diese Grundsätze.~~

2 Bei der Festlegung der Grundsätze ist namentlich zu berücksichtigen, dass das Netz in der Regel nur dann auszubauen ist, wenn die Gewährleistung eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes **während des gesamten Planungshorizontes** nicht durch eine Optimierung oder Verstärkung erreicht werden kann.

3 Die ElCom kann Minimalanforderungen festlegen ~~und Ausnahmen von der Pflicht zur Veröffentlichung gemäss Absatz 1 vorsehen.~~

Artikel 15 Anrechenbare Netzkosten

Intelligente Systeme sollten allgemein anrechenbar sein und sich nicht nur auf solche beim Endverbraucher beschränken. Darin sollten auch intelligente Systeme mit inbegriffen sein, welche die gesetzlichen Vorschriften übertreffen, sofern die Mehrkosten verhältnismässig zum Nutzen stehen.

Änderungsvorschlag für Artikel 15 Abs. 1

1 Als anrechenbare Kosten gelten die Betriebs- und Kapitalkosten eines sicheren, leistungsfähigen und effizienten Netzes. Sie beinhalten einen angemessenen Betriebsgewinn. Die Betriebs- und Kapitalkosten gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Mess- **und Steuersysteme** ~~beim Endverbraucher~~ **und von innovativen Massnahmen für intelligente Netze** gelten stets als anrechenbare Kosten.

* * *

Wir danken Ihnen im Voraus für die wohlwollende Kenntnisnahme und Berücksichtigung der regio-
Grid Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dominique Gachoud



Präsident

Hansueli Bircher



Generalsekretär

Kopie an VSE, Aarau